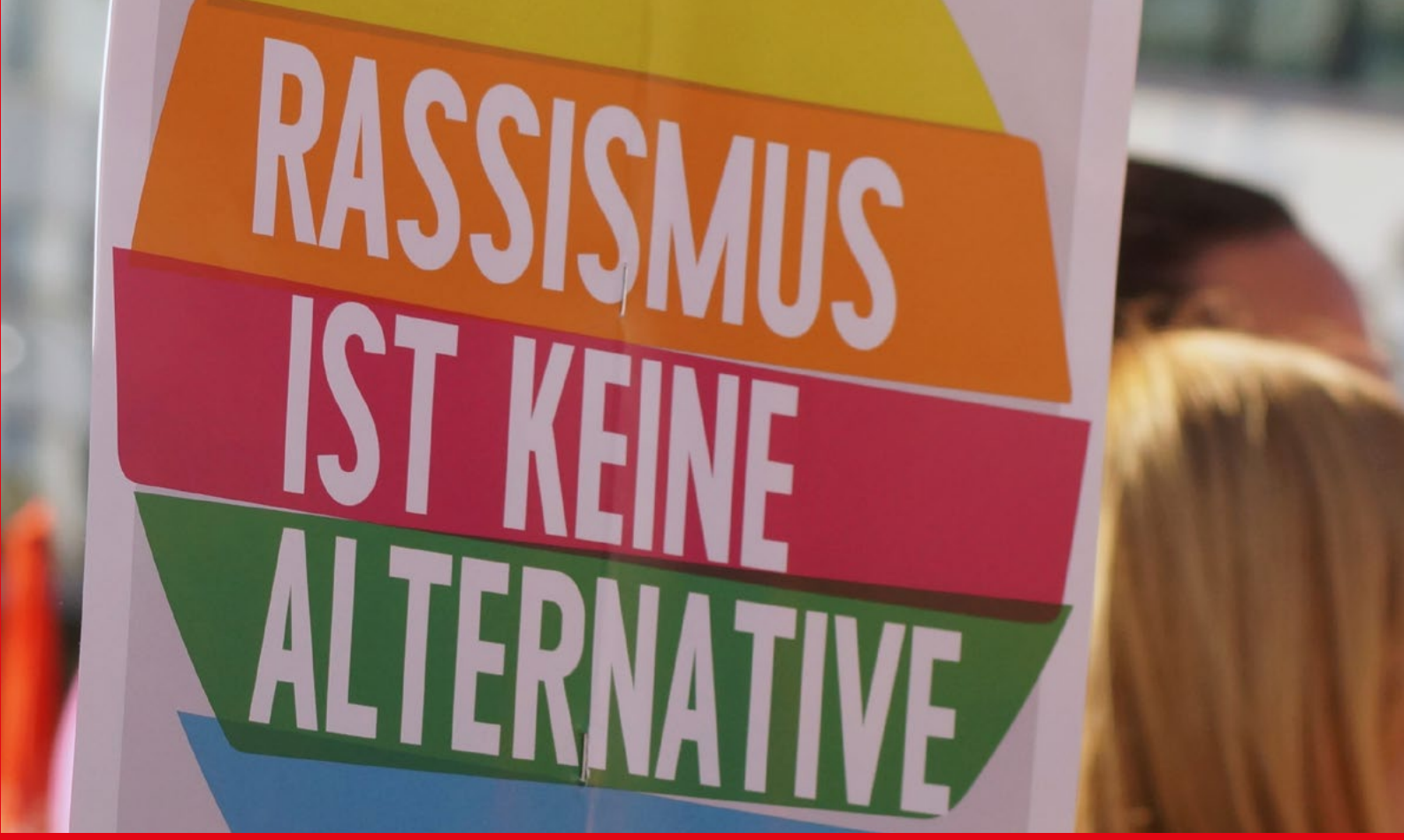


Solidarität ist unteilbar

Antirassismus-Konferenz der Linksfraktion
Dokumentation

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Inhalt

»Solidarität ist unteilbar« **3**

Begrüßung **4**

Einleitung **5**

Vortrag **8**

Podiumsdiskussion **9**

Workshops **11**

Workshop I
(Anti-) Rassismus und soziale Kämpfe 11

Workshop II
Rassistische Polizeigewalt und Widerstand 12

Workshop III
Antidiskriminierungsarbeit im Alltag 13

Workshop IV
Feminismus und Rassismus 14

Workshop V
Rassismus und die europäische Rechte 16

Workshop VI
Antimuslimischer Rassismus
und Antisemitismus 17

Workshop VII
Rassismus in den Medien 18

Fazit **19**

Kurz-Biografien der Referent*innen **21**

In eigener Sache **23**

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Sevim Dağdelen, Jan Korte, Caren Lay

Titelfoto: Antje Kind
Fotos innen: Andi Weiland
Layout/Druck: Fraktionsservice

Endfassung: März 2019

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden!

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

IndexNr 190315

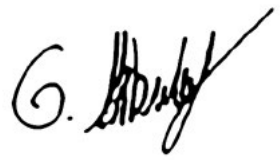
»Solidarität ist unteilbar«

Freitag, 01. März 2019
Deutscher Bundestag , *Paul-Löbe-Haus*

DIE LINKE im Bundestag hat mit der Antirassismus-Konferenz »Solidarität ist unteilbar« am 1. März 2019 ein Forum geschaffen, in dem wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Perspektiven der Antirassismus Arbeit zusammengebracht wurden.

Die Teilnehmenden kamen aus antirassistischen Initiativen und Beratungsstellen, aus Migrantenselbstorganisationen, aus Hochschulen, aus muslimischen und jüdischen Gemeinden, vom Zentralrat der Roma und Sinti, aus der Linken, von Behörden, aus Frauenorganisationen, von »Sea-Watch«, aus Bündnissen gegen Rechts oder Bündnispartnern des »Unteilbar«- oder des „»Aufstehen gegen Rassismus« -Bündnisses. Es waren rund 200 Aktive, die im Paul-Löbe-Haus Strategien diskutiert und mit ihren Beiträgen ein aktuelles und vielschichtiges Bild von Rassismus in Deutschland gezeichnet haben.

Die Konferenz steht in der Tradition einer ganzen Reihe von Großveranstaltungen der Fraktion zum Themenfeld (»Refugees welcome – Flüchtlinge willkommen« Berlin 2015, »Welcome 2 stay« Leipzig 2016) und verortete sich in den antirassistischen und antifaschistischen Protesten des Jahres 2018. Sie bot eine Gelegenheit zum inhaltlichen Austausch und trug außerdem einen Beitrag zu den im März jährlich stattfinden internationalen Wochen gegen Rassismus bei. Erstmals ist es der Linksfraktion gelungen, die gesamte Breite der migrantischen Selbstorganisationen und der von Rassismus und Antisemitismus betroffenen Gruppen einzuladen und damit auch unsere Wertschätzung für deren Arbeit in diesem Bereich zu dokumentieren. Im Folgenden finden Sie die Protokolle der Podien und Workshops des Konferenz-Tages. Sowie im Anhang eine Liste der Referent*innen.



Begrüßung

Petra Pau,
Vizepräsidentin des Bundestages

Es geht um die Mitte der Gesellschaft

Rassismus hat verschiedene Quellen, er hat verschiedene Formen und er betrifft verschiedene Gruppen. Aber wie auch immer: Rassismus ist nicht hinnehmbar. Nicht für Linke, nicht für alle, denen - humanistisch oder religiös motiviert - Artikel ı des deutschen Grundgesetzes wichtig ist: »Die Würde des Menschen ist unantastbar!« Wohl bemerkt, aller Menschen, nicht nur der Schönen und Reichen, und nicht nur der Deutschen und Weißen.

Das Programm unserer Konferenz und die Vielfalt der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterstreichen das. Wir, die Fraktion DIE LINKE, erwarten spannende und anregende Beiträge und Debatten und wollen vor allem für unsere eigene Arbeit daraus lernen. Deshalb: Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Wenn wir über Rassismus reden, dann nicht nur über den rechten Rand, sondern über die Mitte der Gesellschaft. Inzwischen haben wir auch im Bundestag eine Fraktion, die unverhohlen rassistisch agiert. Für noch gefährlicher als die Gauland, Höcke & Co. halte ich allerdings die Millionen Bürgerinnen und Bürger, die sie wählen. Da wabert eine Grundstimmung, eine menschenfeindliche.

Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt zu. Das ist mehr als Rassismus, aber Rassismus gehört dazu. Wir wissen dies seit längerem. Gleichwohl empfehle ich allen, die es noch nicht gelesen haben, das aktuelle Buch von Prof. Wilhelm Heitmeyer, »Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung«. Brandbeschleuniger, so seine wiederholte These, ist eine Politik, die gern neoliberal genannt wird. Sie dominiert übrigens EU-weit.

So viel von mir vornweg.
Ich wünsche uns viel Erfolg.

Einleitung

Christine Buchholz,
Sprecherin für Religionspolitik

Auch von mir ein herzliches Willkommen zur Konferenz »Solidarität ist unteilbar« der Linksfraktion im Bundestag.

Warum so eine Konferenz in den Räumen des Bundestages? Wir erleben hier in jeder Sitzungswoche rassistischen Debatten – verstärkt seit dem Einzug der AfD in den Bundestag. Es gibt kein Thema, dass die AfD nicht rassistisch wendet – ob Obdachlosigkeit oder Frauenrechte – immer gibt es die Schuldzuweisung an Geflüchtete und Muslime.

Immer wieder nutzt die AfD die Religion, bzw. das Vorurteil über einzelne Religionen – insbesondere den Islam, um Sündenböcke zu schaffen. Das findet sich in Reden zu allen möglichen Themen und zum Beispiel auch in Debatten und Anträgen zum Verbot der Vollverschleierung sowie dem de facto Verbot des Koran.

Antisemitismus ist präsent bei einer Fraktion, deren Vorsitzender die Verbrechen des deutschen Faschismus und damit den Holocaust relativiert. Bei einer Partei, die Antisemiten wie Wolfgang Gedeon in ihren Reihen duldet.

Die Debatten im Bundestag sind nur die Spitze des Eisbergs. Es spiegelt sich in der Gesellschaft wider. Rassismus nimmt zu.

Millionen Menschen sind im Alltag mit Rassismus konfrontiert – in der Schule, auf der Arbeit, bei der Wohnungssuche.

Rassistische Gewalt nimmt zu: In Chemnitz wurden nach dem Nazi-Aufmarsch migrantisch aussehende Menschen auf offener Straße gejagt und ein jüdisches Restaurant angegriffen, später zwei persische und ein türkisches.

In Berlin wurden vor drei Wochen drei muslimische Mädchen an einem Tag angegriffen, einem wurde das Kopftuch von Kopf gerissen. Und wir wissen: Die Dunkelziffer bei rassistischen Übergriffen ist enorm hoch.

Der Rassismus kommt nicht nur von ganz rechts. Er wird auch von bürgerlichen Politikern und einem Teil der Medien benutzt und befördert.

Wenn Innenminister Seehofer sagt, der Islam gehöre nicht zu Deutschland, dann befördert das antimuslimischen Rassismus, stärkt die AfD und legitimiert verbale oder tätliche Angriffe.

Wir weisen als LINKE Angriffe auf Musliminnen und Muslime, auf Jüdinnen und Juden und alle religiösen Minderheiten und auf alle anderen Minderheiten zurück. Wir halten dagegen, wenn sie zu Sündenböcken für gesellschaftliche Probleme und falsche Politik gemacht werden.

Wir fordern: Alle hier lebenden Menschen müssen gleiche Rechte haben. Das heißt auch, dass DIE LINKE diese Rechte verteidigt, beispielsweise das Recht auf Religionsfreiheit und die Rechte von Minderheiten in diesem Bereich.

Es ist die Verantwortung der Bundesregierung und der demokratischen Parteien, sich viel offensiver sich mit Rassismus in Deutschland in jeder Form auseinanderzusetzen, ihn zurückzuweisen und Schritte ihn zu bekämpfen. Lippenbekenntnisse reichen nicht aus!

DIE LINKE will dieser Verantwortung nachkommen. Auch mit dieser Konferenz. Nur wenn wir zusammen gegen Rassismus und Diskriminierung stehen, können wir überhaupt gemeinsam für eine andere Welt kämpfen.

Unsere Stärke liegt in der Solidarität – egal wen sie angreifen. Solidarität ist unteilbar.

Ich freue mich sehr auf die vielen tollen Referentinnen und Referenten und über die vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Ich wünsche uns allen eine gute und produktive Diskussion.

Ulla Jelpke,
Sprecherin für Innenpolitk

Herzlich willkommen auch von mir zur Antirassismus-Konferenz der Linksfraktion. Um über Rassismus zu sprechen, gibt es allen Anlass.

In der Innen- und Flüchtlingspolitik erleben wir einen Wettbewerb der Schäbigkeit, ja der Inhumanität zwischen Union und AfD. Die AfD gibt die Stichworte vor – und die Union liefert die Praxis – und ermutigt damit wiederum die Hetzer der AfD.

Wir stehen vor einem Wahljahr, und Abschiebung ist das große Thema. Die Zahl der Abschiebungen bewegt sich seit Jahren auf einem erschreckend hohen Niveau, nämlich bei rund 25.000 pro Jahr.

Die Abschiebebehörden gehen zunehmend brutal mit Geflüchteten um. Ich gebe ein Beispiel aus der letzten Zeit: Ein Mann tritt in den Hungerstreik, um gegen seine drohende Abschiebung zu protestieren. Er muss deswegen im Krankenhaus behandelt werden. Trotzdem wird er nach Marokko abgeschoben. Seine schwangere Freundin bleibt in Deutschland zurück.

Es gibt unzählige Berichte darüber, dass Familien rücksichtslos auseinandergerissen werden. Immer öfter werden kranke und schwer traumatisierte Menschen abgeschoben. Aktuelle Zahlen des Bundesinnenministeriums zeigen außerdem, dass sich die Anwendungsfälle polizeilicher Gewaltmittel zur Durchsetzung von Abschiebungen seit 2015 fast verzehnfacht haben – bei etwa gleichbleibenden Abschiebezahlen. Hand- und Fußfesseln, sogenannte Festhaltegurte, Klettbänder usw. kamen 2018 über 1.200 Mal zum Einsatz, 2015 lag diese Zahl noch bei 135. Betroffen waren vor allem Geflüchtete aus afrikanischen Ländern. Die Abschiebebehörden setzen alles daran, den verzweifelten Widerstand von Geflüchteten gegen ihre Abschiebung zu brechen.

Im EU-Wahljahr müssen wir auch über die Abschottung der EU-Außengrenzen sprechen. Was wir gegenwärtig bei der Seenotrettung erleben, ist eine einzige Katastrophe. Das Mittelmeer ist längst zu einem Massengrab geworden. 2018 sind nach Angaben des UNHCR 2.275 Menschen auf der Flucht nach Europa ertrunken. Das hält die EU-Staaten jedoch nicht davon ab, skrupellos die Grenzen für Schutzsuchende dicht zu machen. An der serbisch-ungarischen und der bosnisch-kroatischen Grenze kommt es regelmäßig zu brutalen und völkerrechtswidrigen Pushbacks. Die Banden der sogenannten libyschen Küstenwache werden systematisch mit EU-Geldern aufgerüstet, um Geflüchtete abzufangen und sie unter menschenverachtenden Bedingungen in Lager zu sperren.

Und es kommt noch schlimmer:
Seehofer bereitet schon die nächsten Gesetzesverschärfungen vor, um noch mehr Druck auf abgelehnte Asylsuchende ausüben zu können. Das Motto: Abschreckung, Sanktionen, Zwang. Der Entwurf aus Seehofers Ministerium sieht eine massive Ausweitung der Abschiebehaft vor. Wer aus Sicht der Behörden nicht genügend an der eignen Abschiebung mitwirkt, soll nur noch eine »Duldung light« bekommen. Wer ausreisepflichtige Geflüchtete über bevorstehende Abschiebungen informiert, soll mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden. Das klingt wirklich arg nach ungarischen Verhältnissen.

Zum Glück gibt es aber auch Widerstand und Solidarität gegen diesen institutionellen Rassismus. Über Strategien, wie wir uns diesen Verhältnissen entgegen stellen können, werden wir heute in vielen Workshops diskutieren.

Darauf freue ich mich.

Martina Renner,
Sprecherin für Antifaschistische Politik

»Gemeinsam Kämpfen!« – ist eine häufig zu hörende Lösung auch in antifaschistischen Zusammenhängen. Die Realität sah jedoch oft anders aus. In der Praxis kämpften Antifaschistinnen und Antifaschisten Kämpfe, die wenig bis gar nichts mit antirassistischen Kämpfen oder gar mit den Kämpfen der von Rassismus Betroffenen zu tun hatten.

Schon innerhalb der Szene galt lange eine Arbeitsteilung – die einen machen Internationalismus, die anderen fahren zum Naziaufmarsch und wieder andere wollen eine Kampagne für Bleiberecht machen. In vielen Fällen fanden all diese Kämpfe ohne nennenswerte Anbindung an die Lebensrealität derer statt, die von rassistischen Gesetzen oder marodierenden Neonazis betroffen sind.

Einiges hat sich in den letzten Jahren zum Besseren verändert, unter anderem dank Kampagnen wie »We'll come United« aber auch als Lektion, die wir aus dem NSU-Komplex gezogen haben. Ja, die antifaschistische Linke hat anders als viele andere immer auf die Gefahr rechten Terrors hingewiesen und diesen nie verharmlost. Aber auch die antifaschistische Linke hat es versäumt, 2006 in Kassel und Dortmund an der Seite der Angehörigen von Halit Yozgat und Mehmet Kubaşık zu demonstrieren, als diese ihre Sorgen, es handele sich bei den Morden um die Taten von Neonazis, öffentlich kundtaten.

Wir haben noch einen langen Weg vor uns, wenn wir die rassistische Spaltung überwinden wollen, die sich auch in aktivistischen Zusammenhängen fortsetzt. Schaffen können wir das nur, wenn wir unsere Kämpfe aufeinander beziehen, wenn wir tatsächlich »zusammen kämpfen.«

Deshalb freue ich mich, dass diese Konferenz zustande gekommen ist und wünsche mir nicht nur spannende Diskussionen sondern auch erfolgreiches Knüpfen von künftigen Netzwerken.

Vortrag

Prof. Dr. Iman Attia

Als Keynote Sprecherin leitete Prof. Dr. Iman Attia von der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin die Antirassismus Konferenz inhaltlich ein. Sie gab eine Einführung in die verschiedenen Ebenen, Formen und die Strukturen von Rassismus.

Da Rassismus kein Phänomen ist, was sich auf eine einzige Kategorie reduzieren lässt, betonte Attia die Notwendigkeit, statt von Rassismus von Rassismen zu sprechen. Körperliche, kulturelle oder religiöse Aspekte werden dabei zu spezifischen Merkmalen einer Gruppe erklärt, die dann wiederum für alle Mitglieder dieser Gruppen zentral bedeutsam seien und einen grundsätzlichen Unterschied zur »eigenen« Gruppe markierten.

Dabei habe die Konstruktion der Gruppen zum Ziel und als Effekt, dass Identität durch die Abgrenzung von dem »Fremden« geschaffen wird und dass so Vorteile für die »eigenen Leute« mit Hinweis auf die Differenzen legitimiert werden. Rassismen stereotypisieren Menschen auf diese Weise und vernachlässigen Differenzen und die Komplexität sozialer Zugehörigkeiten.

Nicht ein Vorhandensein von »Rassen« ermöglicht damit Rassismus, sondern Rassismus ermöglicht überhaupt ein Denken und Handeln entlang dieser Kategorien.

Sie betonte auch, dass sich die verschiedenen sozialen Kämpfe nicht auseinander dividieren lassen dürfen, um so das Spiel von »wir« gegen »die anderen« (»othering«) nicht weiter zu befördern. Gleichzeitig ist es notwendig, die eigene Verstrickung in Rassismen zu verstehen und anzuerkennen.

Gruppenidentität wird immer auf verschiedenen Ebenen konstruiert, so auch bei religiöser Zugehörigkeit. Dies betrifft unter anderem den Diskurs über bestimmte Gruppen und die gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen, die diesen ermöglichen und festschreiben.

Bei Jüdinnen und Juden stellt Religion das Aussiebungsmerkmal dar und ihre Religiosität wird durch Antisemitismus materialisiert. Antimuslimischer Rassismus, welcher sowohl an Religiosität aber auch an kulturalisierende Aspekte anknüpft, ist ebenfalls ein weitverbreitetes Phänomen in Deutschland, aber auch in allen europäischen Gesellschaften. Hier macht sich die Problematik des Homogenisierens besonders bemerkbar: »der Islam« wird als homogenes Gebilde verstanden und problematisiert und in der Folge werden Musliminnen und Muslime abgelehnt.

Aktuell werde viel über Mehrfachdiskriminierung (Intersektionalität) gesprochen und die unterschiedlichen Rassismen, ihre Spezifika, ihre Gemeinsamkeiten und Schnittstellen zusammen analysiert. Wichtig ist, dass man die unterschiedlichen Formen der Ausgrenzung nicht entkontextualisiert betrachtet, sondern ihre Verstrickung mit anderen »Othering-Prozessen« im Verhältnis zueinander sieht.

ZITAT

»Rassismus ist kein externes Phänomen sondern eine Grundstruktur, die unsere Gesellschaft organisiert und von der wir alle unterschiedlich betroffen sind: sei es, in dem Menschen durch Rassismus privilegiert sind, oder, da sie durch Rassismus ausgegrenzt werden« Prof. Dr. Iman Attia

Es wurde deutlich, dass Rassismus kein externes Phänomen ist, mit dem man sich beschäftigen kann oder nicht, sondern eine Grundstruktur, die unsere Gesellschaft organisiert und von der wir alle unterschiedlich betroffen sind: sei es, in dem Menschen durch Rassismus privilegiert sind, oder, da sie durch Rassismen ausgegrenzt werden und Gewalt erfahren.

@CB /Büro Akbulut

Podiumsdiskussion

Antirassismus-Konferenz »Solidarität ist unteilbar«
Freitag, 01. März 2019, 14 -15 Uhr, *Paul-Löbe-Haus*

Viedeomitschnitt
https://www.youtube.com/watch?v=inMcsSwHOZo&feature=youtu.be

TeilnehmerInnen
Tahir Della, Newroz Duman, Dalia Grinfeld,
Farah Bouamar, Anja Reuss

Tahir Della von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e. V. forderte, die umfassende Definition von Rassismus müsse Einzug in politische Debatte halten. Er forderte die Mehrheitsgesellschaft auf, die Perspektive von Betroffenen zu hören und gegen Rassismus politisch aktiv zu werden. Es sei gut, dass es Empörung gegen Aussagen der AfD gebe. Auch der institutionelle Rassismus müsse abgelehnt werden. Auch Äußerungen des Afrika-Referenten der Kanzlerin, Günter Nooke, die Kolonialzeit habe dazu beigetragen, Afrika »aus archaischen Strukturen« zu lösen, seien rassistisch. In allen Strukturen des Alltags müssen Ausschlussmechanismen abgebaut werden: Bildungsbereich, an der Hochschule, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Racial Profiling, Polizeimaßnahmen gegen Schwarze Menschen und People of Coulour, sollten abgelehnt werden. Er berichtete von dem Erfolg des NSU-Tribunals in München, das viele unterschiedliche Perspektiven zusammengebracht habe.

Newroz Duman, aktiv im Bündnis We'll Come United und bei Jugendliche ohne Grenzen erklärte Rassismus sei nicht nur, was in Chemnitz passierte, sondern auch was in den Behörden zum Ausdruck komme. Wenn Innenminister Seehofer sage, die Mutter aller Probleme Migration sei. Sei das nicht Rassismus? fragte sie. Rassismus entscheide darüber, wer im Mittelmeer ertrinke, wer abgeschoben werde, wer ein Recht auf Familie habe, wer ein Recht auf Bildung habe, wer Recht auf soziale Rechte und Wohnraum habe. Rassismus müsse beim Namen genannt werden.

Dalia Grinfeld, Präsidentin der jüdischen Studierendenunion in Deutschland, forderte dazu auf, Betroffene anzuhören und zu fragen. Sie kritisierte, dass im ersten Expertenkreis der Bundesregierung für den Antisemitismusbericht keine Jüdinnen und Juden vertreten waren. Sie sprach über Online-Hass gegen Juden und beschwerte sich darüber, dass Hasskommentare wie »Juden sind Schweine« nicht gegen die Facebook-Kriterien verstoße. Sie forderte, dass was offline untersagt sei, auch online untersagt sein müsse. Nicht ein Unternehmen, der Bundestag müsse darüber entscheiden. Sie forderte von der Linksfraktion, die Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zu übernehmen.

Farah Bouamar studiert Literaturwissenschaft und Philosophie und hat den Youtubekanal Datteltäter mitinitiiert, um auf eine humoristische Weise rassistischen, demokratiefeindlichen Videos etwas entgegensetzen. Die Resonanz war gut und sie wurden mit Preisen überschüttet. Aber die alltägliche Diskriminierung gehe weiter.
Sie berichtete, davon wie bei der Vergabe eine studentischen Hilfskraftstelle an ihrer Hochschule gesagt wurde, in einem Philosophietrakt habe eine Frau mit Kopftuch nichts verloren. Der Hass steige vehement. Man habe keine Kontrolle mehr über Kommentare in Social Media und komme über Anzeigen nicht weiter. Es sei ein guter Anfang, hier ins Gespräch zu kommen, wie wir dagegen ankommen. Sie wünschte sich in der Medienwelt mehr Kanäle und Blogs gegen Rassismus.

Anja Reuss vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma erklärte, Sinti und Roma seien keine homogene Gruppe. Sie erfahren Antiziganismus auf unterschiedliche Art und Weise. Er funktioniere auch ohne die Anwesenheit von Roma. Die Leipziger Autoritarismus-Studie haben eine hohe Zustimmung zu Antiziganismus festgestellt, besonders in Ostdeutschland, wo wenige Roma lebten. Roma werden in Europa zu Fremden erklärt, es werden die immer gleichen Bilder verbreitet: »Müllberge haben nichts mit der Realität zu tun!«, sagte sie unter Beifall. Erst 40 Jahre nach den NS-Verbrechen habe es

eine Anerkennung gegeben. Der Zentralrat fordert eine Experten-Kommission zu Antiziganismus. Ihr Wunsch an DIE LINKE war, laut zu widersprechen gegen die AfD, die Roma zählen will oder gegen den Bürgermeister von Duisburg, der Roma als »Ratten« bezeichnete.

@LS /Büro Buchholz

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion wurde in den Ausschusssälen des Paul-Löbe-Haus in sieben verschieden parallel stattfindenden Workshops diverse Themen um die Antirassismus-Arbeit diskutiert. Mit Referent*innen aus Wissenschaft, Politik und Medien.

Workshops

Freitag, 01. März 2019, 15.30 -17 Uhr,
Ausschusssäle im Paul-Löbe-Haus

Workshop I
(Anti-) Rassismus und soziale Kämpfe

Im ersten Teil widmete sich Dr. Noa K. Ha von der Technischen Universität Dresden zunächst dem Zusammenhang von Neoliberaler Stadtpolitik und Reproduktion von Rassismus. Ihre Kernthese: die Gentrifizierung und Touristifizierung dient der globalen Konkurrenzfähigkeit der Metropolen und führt zur Verdrängung der wirtschaftlich und rassistisch Marginalisierten; insbesondere von Geflüchteten und Sinti und Roma. Das zeige sich in Verboten von Betteln und Straßenhandel, in racial profiling sowie Diskriminierung und Verdrängung auf dem Mietmarkt. Arme und abgeschnittene Wohnviertel seien ein Ergebnis davon. Hinzu kämen »koloniale Affirmationen«, also Prozesse der indirekten Etablierung ‚althergebrachter' rassistischer Wahrnehmungen durch scheinbar unverfängliche Symbole wie Namenspatronen von Straßen oder Museen. Ökonomisch (und an bestimmten Orten völkisch) begründeter Rassismus seien im städtischen Räumen folglich omnipräsent, wenngleich er von der Mehrheitsgesellschaft und im Alltag nur selten als solcher wahrgenommen und kritisiert werde. Um die migrantischen und mietpolitischen Kämpfe aufeinander zu beziehen, braucht es nach ihr auch eine Verbindung der Analysen zu Rassismus und Neoliberalismus. Dies könne ein Baustein sein, um den Kampf für »Das Recht auf Stadt« (Henri Lefebvre, 1968) zu erweitern. Wenngleich es in einigen Metropolen bereits Selbstorganisierungen gäbe: bei der wechselseitigen Bezugnahme und praktischen Solidarität sei Luft nach oben. Der LINKEN gibt Dr. Noa K. auf den Weg, sich für Diskriminierungs-Beschwerdestellen starkzumachen und Solidarität zu organisieren.

Jana Seppelt, Verdi-Gewerkschaftssekretärin in Berlin-Brandenburg, fragte im zweiten Teil, wie die DGB-Organisationen gegenwärtig mit Rassismus umgehen. Denn die Bundestagswahl hat zutage getragen, dass erschreckend viele Mitglieder extrem rechts wählten. Zwar waren AfD-nahe Listen bei den Betriebsratswahlen chancenlos, doch der Zwiespalt bleibt: Gewerkschaften sind die Organisationen mit den meisten migrantischen Mitgliedern und zugleich rassismusanfällig. Ein Hauptgegner sei die AfD. Jana Seppelt führt dazu Klaus Dörres (Universität Jena) Frage auf: An welchen Kern schließt die AfD bei Belegschaften mit welcher Deutung an, und welche linken, inklusiv-solidarischen Deutungen lassen sich dagegenstellen? Dazu brauche es das Prinzip »Klare Kante« gegen rechts und »offene Tür« für die Sorgen der Arbeitnehmer*innen aufgrund der neoliberalen Verschärfungen (Hans-Jürgen Urban). Anti-Rassismus müsse weniger aufklärerisch, sondern mehr praktisch daherkommen. D. h. im Konkreten argumentativ sicherer werden und an den Orten diskutieren wo die Stimmung nach rechts abdriftet. Dafür seien aber mehr Ressourcen für Antidiskriminierungs-Arbeit nötig. In Betrieben, in denen der Organisationsgrad hoch ist und viele Migrant*innen arbeiten, gäbe es schon positive Entwicklungen, wie Vereinbarungen zur Reduzierung von Diskriminierung. Ein zentrales Veränderungsmoment sei das Erleben von Solidarität.

@BS /Büro Renner

Workshop II
Rassistische Polizeigewalt und Widerstand

Anlass des Workshops war die Welle brutaler Polizeigewalt und Repression, die sich in den letzten Monaten gegen Geflüchtete richtete. Auslöser massiver Polizeirazzien in Ankerzentren sind häufig gescheiterte Abschiebungen sowie Konflikte zwischen Geflüchteten und Mitarbeiter*innen der privaten Wachdienste in den Unterkünften. Auf die Polizeieinsätze folgt fast immer das gleiche Muster: Gegen die Bewohner*innen werden Strafverfahren eingeleitet - und sie werden in Politik und Medien als gefährliche Kriminelle dargestellt. Über die Gewalt durch Polizei und Wachdienste, die miserablen Unterbringungsbedingungen in den Lagern und den ständigen Stress durch unangekündigte nächtliche Abschiebungen wird dagegen kaum berichtet.

David Jassey, Geflüchteter und Aktivist aus Bayern, berichtete über seine Erfahrungen als Mitglied im selbst organisierten Gambischen Integrationskomitee Donauwörth. Das Komitee hatte sich gegründet, um gegen das System der Rechtslosigkeit in den Lagern zu protestieren, etwas gegen Schikanen und Gewalt durch Wachdienste und Polizei zu unternehmen und grundlegende soziale Rechte einzufordern. Am 14. März 2018 gab es in Donauwörth nach einer gescheiterten Abschiebung einen brutalen Polizeieinsatz. Rund 200 bewaffnete Beamt*innen stürmten das Lager, griffen Geflüchtete mit Pfefferspray und Schlagstöcken an und nahmen über 30 Personen fest. Einige wurden direkt abgeschoben, andere waren monatelang in U-Haft, viele erhielten in der Folge Strafbefehle. David berichtete auch über negative Erfahrungen mit den Medien: Die Geflüchteten wurden pauschal als Gewalttäter und Kriminelle stigmatisiert. Sie gaben zu Beginn viele Interviews, mussten aber feststellen, dass ihre Aussagen im Nachhinein verdreht wurden und kein ernsthaftes Interesse an ihren Perspektiven bestand.

Dass Polizeigewalt gegen Geflüchtete und deren Rechtfertigung durch Politik und Medien Tradition hat, zeigte der Beitrag von Mouctar Bah, Mitbegründer der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh. Nachdem Oury Jalloh am 7. Januar 2005 in einer Dessauer Polizeizelle ums Leben kam, verbreiteten die Medien sofort die Nachricht, dass sich ein Drogendealer, der Frauen belästigt habe, selbst angezündet habe. Auch hier wurde also ein Opfer extremer Polizeigewalt kriminalisiert. Die Initiative gab sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden und stellte die naheliegende Frage, wie sich ein Mensch, der an Händen und Füßen gefesselt ist, auf einer feuerfesten Matratze selbst anzünden kann. Die Behörden reagierten jahrelang mit Gewalt, Abschiebungen, Drohungen und Repressionen. Obwohl bis heute keine juristische Aufarbeitung stattgefunden hat, sind Zweifel an der Suizidthese von Polizei und Justiz mittlerweile weit verbreitet. Ein Erfolgsrezept der Initiative liegt darin, dass sie eigene Brandgutachten in Auftrag gegeben und eine internationale unabhängige Untersuchungskommission ins Leben gerufen hat, um nicht von den korrumpierten staatlichen Stellen abhängig zu sein.

@KS /Büro Jelpke

Workshop III
Antidiskriminierungsarbeit im Alltag

May Zeidani Yufanyi, Sozialwissenschaftlerin und Projektleiterin beim Verein Inssan e.V., der u.a. Antidiskriminierungs-, Empowerment- und Dialogarbeit leistet, betonte, dass »Entkulturalisierung« von Konflikten die Leitlinie der Vereinsarbeit sei. Probleme und Verhaltensweisen sollten also nicht auf vermeintliche kulturelle Unterschiede zurückgeführt werden.

Dem Ansatz der »Intersektionalität« folgend, erläuterte sie, wie verschiedene Diskriminierungskonstellationen ineinandergreifen. Dabei betonte sie, dass die verschiedenen Formen der Unterdrückung stets das Machtgefälle zwischen Diskriminierten und Diskriminierenden beinhalteten.

Yufanyi kritisierte, wie gesellschaftliche Problemphänomene auf den Islam projiziert würden, womit eine »Islamisierung von Problembereichen« stattfände.

Deborah Krieg, stellvertretende Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main, berichtete, wie sich ihre Arbeit von Bildungsarbeit hin zu einer Beratungstätigkeit entwickelt habe. Sie illustrierte die Arbeit mit eindrücklichen Beispielen: An einer Schule wurde ein dunkelhäutiger Schüler wiederholt rassistisch beleidigt. In der Absicht etwas Gutes für den betroffenen Schüler zu tun, reagierten die Lehrerrinnen und Lehrer darauf, indem sie u.a. ein interkulturelles Frühstück organisieren wollten und vorschlugen, aus vermeintlicher »Solidarität« sollten sich alle an einem speziellen Schultag schwarz anmalen. Die Beraterinnen schlugen hingegen vor, dass man auch hier den Konflikt »entkulturalisieren« solle. Man müsse verstehen, was hinter dem Konflikt steht, um ihn konkret bearbeiten zu können.

Beide Referentinnen stellten klar, dass sie sich nicht darauf einlassen, verschiedene Formen der Diskriminierung gegeneinander auszuspielen.

In der Diskussion wurde erwähnt, dass Konkurrenzdruck Rassismus befördere.

Es sei wichtig zu versuchen, die Perspektive von rassistisch diskriminierten Menschen einzunehmen, um auch nicht von Diskriminierung betroffenen Menschen die Diskriminierungserfahrung nachvollziehbar zu machen.

Kontrovers wurde die Frage diskutiert, ob es sinnvoll ist, zwischen subtilem bzw. absichtslosem Rassismus und bewusstem bzw. absichtsvollem Rassismus zu unterscheiden. Die Referentinnen argumentierten, die Diskriminierungswirkung sei letztlich dieselbe. Krieg erinnerte an das Martin Luther King jr. Zitat, nach dem das Schweigen von »Freunden« schlimmer sein kann, als die Worte des »Feindes«. Andere argumentierten, dass es einen Unterschied mache, da in einem Fall Rassismus als Ideologie und Spaltungsinstrument eingesetzt wird, im anderen Fall, Menschen für eine antirassistische Perspektive gewonnen werden können. In diesem Kontext wurden die politischen Verhältnisse in den Mittelpunkt gerückt, die Diskriminierungsformen überhaupt produzieren.

Einig waren alle, dass keine rassistische Äußerung unwidersprochen stehen bleiben darf und eine solidarische Gegenbewegung wichtig ist, um Rassismus erfolgreich zu bekämpfen.

@MS /Büro Movassat

Workshop IV
Feminismus und Rassismus

In ihrem Auftaktstatement machte die Aktivistin Khola Hübsch direkt deutlich, worin für Sie die Herausforderung liegt, wenn zu Feminismus und Rassismus diskutiert wird. Allzu oft würden »im Namen des Feminismus« vermeintliche Missstände aufgezeigt, die als Zeichen der »Unterdrückung der Frau« herhalten müssen, wie z.B. das Tragen eines Kopftuchs. Dabei würden häufig feministische Themen mit rassistischen Erklärungsmustern unterfüttert. Für Hübsch auch ein Beispiel dafür, wie der Körper der Frau instrumentalisiert wird und die »Verschleierung« beispielsweise so ausschließlich als Instrument der Kultur/Religion gelesen wird, nicht als eigenständige Entscheidung der Frau.

ZITAT

»Feminismus wird oft benutzt, um dahinterliegenden Rassismus zu verschleiern«
Khola Hübsch

Für sie sei solch eine Debatte Beispiel dafür, wie »Andersartigkeit« genutzt wird. Sie vermisst (auch mediale) Aufmerksamkeit dafür, dass für manchen Frauen das Tragen des Kopftuchs ein Akt des Empowerments ist. Innerhalb vieler Communities muslimischer Frauen fände bereits die aktive Auseinandersetzung mit patriarchalen Strukturen statt.

Für Dr. Emilia Roig, die in Berlin das weltweit erste Center für Intersectional Justice gegründet hat, steht als die Frage im Raum, warum im Workshops über Feminismus und Rassismus gesprochen werde und warum es nicht in erster Linie um das Patriarchat geht?

Roig, die sich mit ihrer Arbeit der Förderung von Gleichstellung verschrieben hat, legt den Fokus auf die Bekämpfung intersektionaler, also diverser ineinandergreifender Formen von Diskriminierung. Sie beschreibt »die Aufrechterhaltung des Patriarchats«, als das soziale Konstrukt, welches Rassismus und Feminismus bedinge und aufgebrochen werden müsse. Um die vorherrschende Schieflage zu verändern (schlechtere Bezahlung von Frauen; wenige Repräsentation von Migrant*innen in Leitungspositionen etc.), plädiert sie für Quotierungen.

Die intersektionalen Dimensionen von Diskriminierung stellt Roig als Quadrat dar. Es setzt sich zusammen aus (1) einer individuellen, (2) einer strukturellen, (3) einer institutionellen und (4) einer historischen Dimension. Rassismuserfahrungen werden ihrer Beobachtung nach oft auf individuelle Erfahrungen reduziert. Die akademische Herleitung der vier Ebenen von Diskriminierung wiederum wirkten empowernd. Auf die kritische Publikumsfrage, dass Themen zu »akademisch« geführt würden entgegnete Sie, dass es vielen Communities, die von Rassismus betroffen seien helfe, sich wissenschaftlich den Dimensionen von Rassismus anzunähern. Diese erklärten, dass Rassismus auf individueller Ebene passiere und zusätzlich u.a. von kolonialen Bildern historisch geprägt seien. Das wirkt stärkend und rationalisiere die Debatte. Hübsch beobachtet, wie Debatten zu Feminismus und Rassismus bundesweit in unterschiedlichen Blasen und voneinander getrennten

ZITAT

»Warum wird im Workshop über Feminismus und Rassismus gesprochen, und warum geht es nicht in erster Linie um das Patriarchat?!«
Dr. Emilia Roig

Milieus stattfänden. »Überall werden die Fragen anders gestellt, dabei geht es im Kern um wiederkehrende Themen. Oft erlebe ich Unverständnis, einfach weil die Debatten unbekannt sind. Hier will ich Brücken bauen.« Ein Diskussionsangebot hat sie mit der Kampagne »Ich bin Muslimin, haben sie Fragen?« erarbeitet. Rassismus wirkt sich aus im Alltag. Wie kann Antidiskriminierungsarbeit im Alltag aussehen? Dazu haben wir zwei Expertinnen aus der Bildungs- und Beratungsarbeit im Bereich Antirassismus eingeladen.

@ISC /Büro Akbulut

Workshop V
Rassismus
und die europäische Rechte

Anikó Orsós gab zu Beginn des Workshops einige Hinweise auf die konkreten Auswirkungen der Diskriminierung der Rom*nija in Ungarn. Mit mehr als 200.000 Angehörigen handelt es sich um die größte Minderheit in Ungarn. Beispiele aus den Bereichen Erziehung/Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung machten die Auswirkungen rassistischer Ausgrenzung deutlich. So unterliege die Wahrnehmung von Rom*nija den öffentlich reproduzierten Bildern und führe zu entsprechenden Ergebnissen. Im Schulbereich erfolge häufig eine Abschiebung von Rom*nija -Kindern auf Sonderschulen, womit ihre Positionierung in der Gesellschaft früh und fast für immer festgelegt werde. Auch das »public work« Programm der Regierung schreibt die Ausgrenzung fort. Viele Angehörige der Minderheit verpflichten sich diesem Programm um der Arbeitslosigkeit zu entkommen, haben dann allerdings keine Möglichkeiten der Qualifizierung sodass sie langfristig dem Niedriglohnsektor verhaftet bleiben.

Von Seiten der Politik werde die historisch tief verwurzelte Diskriminierung noch befeuert. Bei den gewalttätigen Angriffen und Morden durch Neonazis im Jahr 2008 spielte auch die Jobbik-Partei eine Rolle.

Weymann Bennet begann seinen Beitrag mit einer Unterscheidung von Rassismus und Faschismus. Natürlich gäbe es eine Wechselwirkung, jedoch sei der Faschismus – in Form der British National Party (BNP) – auf die physische Vernichtung der rassistisch diskriminierten Menschen aus gewesen, weshalb seine Bekämpfung auch eine Frage des eigenen Überlebens sei.

Die Entwicklung einer breiten Bündniskampagne gegen die BNP war zentrales Thema von Bennet. Unite against Fascism war der Motor, mit dem die Einigkeit des vorher zersplitterten Widerstands gegen die BNP organisiert werden konnte. Diese Bündnispolitik umfasste politisch heterogene Akteure, die jedoch durch die gemeinsame Frontstellung gegen die BNP geeint wurden.

In der Diskussion ging es einerseits um die Frage, inwieweit die Diskriminierung der Rom*nija -Community in Ungarn durch die Rechtsregierung auch gesetzlich fixiert sei. Orsós sah hier eher eine Fortsetzung historisch verankerter Formen rassistischer Ausgrenzung, die von der Regierung geduldet und gefördert würden, ohne sie gesetzlich zu fixieren.

Bezüglich der Frage der Bündnispolitik verwies Bennet auf die Bedeutung, Organisationen wie Gewerkschaften etc. mit ihren jeweiligen Spitzen in die Kampagne einzubinden. Für den, auch in Deutschland grassierenden Alltagsrassismus machte er einen »Kollaps der Mitte« verantwortlich. Die Verschärfung sozialer Problem mache Menschen anfälliger für Rassismus. Für den Widerstand brauche es auch eine Politik der Hoffnung.

@GW /Referent für Rechtsextremismus/Antifaschismus

Workshop VI
Antimuslimischer Rassismus und Antisemitismus

Ozan Zakariya Keskinkilic, Autor von »Die Islamdebatte gehört zu Deutschland« analysierte, dass Rassismus gegen Muslime vor allem auf religiösen und kulturellen Zuschreibungen basiert. Die AfD und andere benutzten für ihren antimuslimischen Rassismus den Deckmantel der »Islamkritik«. Der Duden vergleiche »Islamkritik« mit einer kritischen Einstellung zur Religion - eine »Christentumkritik« fände man im Duden nicht. Sogenannte »Islamkritiker« bringen gesellschaftliche Probleme wie Kriminalität, Terrorismus, Sexismus mit dem Islam in Verbindung, um das Bild eines fremden Islams zu untermauern und »Ängsten« Berechtigung zu verleihen, die auch die AfD in ihrem Wahlprogramm nutzt. Er betonte, der antimuslimische Rassismus gehe weit über die AfD hinaus und zeigte Beispiele aus der Medienberichterstattung. Die Leipziger »Mitte«-Studie »Flucht ins Autoritäre« ermittelte 2018 zu der Frage, ob Muslimen die Zuwanderung untersagt werden sollte, bei AfD-Anhängern 73,8% Zustimmung. Bei Linken-Anhängern waren es 32,9%.

Zakariya Keskinkilic erklärte, dass Rassisten »Rassen« konstruieren würden. Rassismen wiesen Unterschiede und Spezifika sowie Schnittstellen auf. In historischen Kontexten würden biologische, kulturelle und religiöse Aspekte unterschiedlich miteinander verwoben. Die Figur der orientalischen, islamischen Welt als Kontrastfolie zur Selbstidealisierung des Westens und die Strategie der Ausgrenzung existierten schon vor 9/11. Antimuslimischer Rassismus stehe in Wechselwirkung zu anderen Rassismen.

Armin Langer, Soziologe, erinnerte daran, dass der Antisemitismus mit dem Holocaust nicht beendet sei – er existiere seit Jahrhunderten und sei weiter präsent in der Mitte der Gesellschaft und in allen politischen Lagern. Dabei seien auch andere Minderheiten mit rassistischen Ressentiments konfrontiert.

Das Wort »Jude« müsse gar nicht erwähnt werden, um antisemitische Ressentiments zu bedienen. Auch Verschwörungstheorien seien zentrales Merkmal von Antisemitismus. In Ungarn, der Heimat Langers Eltern lief 2018 in allen TV-Kanälen ein Spot der Orbán-Regierung, der unterstellt, die Migrantenströme von 2015 seien gezielt durch George Soros, jüdisch-amerikanischer Investor ungarischer Herkunft, inszeniert worden. Anschuldigungen dieser Art kamen auch von anderen rechtspopulistischen EU-Politiker*innen.

Langer erklärte, Antisemitismus rühre auch aus dem Vorwurf, die Juden zögen mit der Forderung nach Wiedergutmachung Vorteile aus der NS-Vergangenheit. Letzterer Vorwurf verbinde sich öfter mit alten antisemitischen Klischees einer »jüdischen Geschäftstüchtigkeit«, angeblich großen »jüdischen Einflusses« oder der »jüdischer Rachsucht« (»Auge um Auge« aus der Tora wird als Ruf nach Vergeltung ausgelegt). Er gab einige Beispiele: Ein NPD-Plakat bezeichnet die Luftangriffe auf deutsche Städte wie Dresden im Zweiten Weltkrieg als »Bombenholocaust« und relativiere die Nazitäter. Mit Blick auf eine stereotype Karikatur, eine Krake mit langer Hakennase, der Süddeutschen Zeitung von 2014 fragt Langer: Wie wird Facebook-Chef Marc Zuckerberg hier kritisiert - als Unternehmer oder als Jude? Der Hass im Netz sei ernst zu nehmen.

@SF /Referentin für Migration und Integration

Workshop VII
Rassismus in den Medien

Der Workshop zum Thema Rassismus in den Medien erfreute sich großem Interesse. Einer Zustandsbeschreibung folgte eine angeregte Debatte über mögliche Gegenstrategien zu Rassismus in den Medien. In Bezug auf die klassischen Medien wurde seitens der Journalistinnen Ferda Ataman (Neue Deutsche Organisationen) und Gilda Sahebi (Neue Deutsche Medienmacher) kritisiert, dass immer stärker negative Darstellungen zu Migration und Muslimen die Medienlandschaft beherrschen. Ausgrenzende Debatten werden öffentlich lanciert, wie beispielsweise durch den Titel »Heimat Deutschland - nur für Deutsche oder offen für alle?« der ARD-Talkshowsendung »hart aber fair«.

ZITAT

»Statt eines »heimats- und traditionsbelasteten« Diskurses bedarf es positiver Berichte und Geschichten von Solidarität und Einwanderung«
Ferda Ataman

Die Entwicklung gehe insgesamt dahin, dass Journalist*innen Selbstzensur übten, um einen rechten Shitstorm und Empörungskommentare von sogenannten Wutbürger*innen zu vermeiden. In einer neueren Studie gaben laut Sahebi 25 Prozent der Journalist*innen an, sich selbst aus Angst vor rechten Kommentaren in der Berichterstattung zu beschränken. Insbesondere nach den Ereignissen der Silvesternacht 2016 in Köln und der anschließenden Empörung über die Berichterstattung, habe sich die Stimmung in den Medienhäusern verändert. Seitdem würde das Gefühl herrschen versagt zu haben, weil vermeintlich zu flüchtlingsfreundlich und an einer Willkommenskultur orientiert berichtet worden sei. Wenn Straftaten von Muslimen begangen wurden, würde dieser Umstand meist erwähnt trotz mangelndem Zusammenhang der Tat mit der Religionszugehörigkeit.

Seitdem würden auch Vertreter*innen der AfD mehr Raum in Medien und Talkshows eingeräumt und so Raum für rassistische Hetze geboten. Zwar sei die Medienlandschaft im Verhältnis zu früher diverser, dennoch sei sie insgesamt überwiegend »weiß« und nicht sensibel für Rassismus. Die Neuen Deutschen Medienmacher versuchten über Schulungen in den Redaktionen für das Thema Rassismus in den Medien zu sensibilisieren. Teilweise würden Begriffe und Darstellungen benutzt, die unabsichtlich eher rechte Diskurse bedienen.

Ein großes Problem sei auch, das oft Informationen ungeprüft übernommen und damit falsche Fakten reproduzierten würden. Als Gegenstrategien wurden benannt, dass neben der nötigen Korrektur von sogenannten fakenews auch eine emotionale Ansprache wichtig sei, die verdeutlicht, dass es gesellschaftlich darum gehe gegen ein rassistisches, reaktionäres und autoritäres Weltbild ein offenes und solidarisches Gesellschaftsmodell in Stellung zu bringen. Es sei wichtig, dass Zivilgesellschaft hierfür gemeinsam eine Gegenöffentlichkeit schafften. Hier könne auch DIE LINKE. mit ihrer Öffentlichkeitsmacht einen wichtigen Beitrag leisten. Allerdings bedürfe es bei allen Parteien einer stärkeren Medienkompetenz. Statt eines »heimats- und traditionsbelasteten« Diskurses bedürfe es positiver Berichte und Geschichten von Solidarität und Einwanderung, sagte Ataman. Einen guten Weg für eine Diskursumkehr böten beispielweise die Verbreitung von migrantischen Perspektiven auf das Einwanderungsland Deutschland und auf Alltagsrassismus wie beispielsweise auch durch die #MeTwo-Debatte oder unter dem Hashtag #vonhier. Ataman schlug zudem vor, dass Mediennutzer*innen auch mal ein positives Feedback bei guten Artikeln geben könnten, da für Redaktionen eben die Resonanz zähle.

Eine riesige Herausforderung stellen zudem sozialen Medien dar. Dort würden faktenfreie rechte Debatten und hatespeech schnell verbreitet und hätten einen sehr großen Resonanzraum. Sie empfahlen, auch wenn es müßig sei, immer wieder mit Kommentaren auf Falschdarstellungen und rassistische Hetze zu reagieren. Außerdem wurde eine stärkere Verfolgung von Hatespeech durch staatliche Behörden und schärfere Regularien gefordert.

@EE /Referentin für Rechtspolitik

Fazit

Gemeinsame Strategien gegen Rassismus

Freitag, 01. März 2019, 18.15 Uhr, *Paul-Löbe-Haus*

Gökay Akbulut,
Sprecherin für Migration und Integration

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

Es ist schön und wichtig, dass so viele Interessensvertreterinnen und Vertreter von Migrantenselbstorganisationen, Referentinnen und Referenten, Moderatorinnen und Moderatoren aus Wissenschaft und Politik heute da waren. Und dass wir mit fast 300 Anmeldungen eine so tolle Resonanz auf unsere Konferenz von Euch und Ihnen erhalten habe.

Als LINKE stehen wir für eine Gesellschaft der Solidarität und Teilhabe und diese sind, wie wir alle wissen, unteilbar!

Damit stehen wir für ein Gesellschaftsmodell, das gerade schwer unter Beschuss ist. Alltagsrassismus ist allgegenwärtig, das haben wir heute in den sieben verschiedenen Workshops herausgearbeitet. Viele Menschen in unserer Gesellschaft sind regelmäßig Opfer von rassistischen Anfeindungen – ob im Internet oder auf der Straße.

Wir sehen auf der anderen Seite aber auch wie sich Bewegungen der Solidarität schnell formieren. Seit letztem Jahr teilen vor allem Menschen, die mit mindestens zwei Identitäten hier in Deutschland leben, unter dem Hashtag #metwo ihre Erfahrungen und erschaffen so große Aufmerksamkeit.

Einen Rechtsruck spüren wir alle, so vor allem auch hier im Bundestag oder den Landesparlamenten. Am aggressivsten wird dies in den letzten Jahren von der AfD und ihrem Umfeld der extremen Rechten praktiziert. Fremdenhass gehört zum Programm und zur Praxis der AfD, wie meine Kollegin Doris Achewilm es letzte Woche formulierte.

Aber auch von der bürgerlichen Rechten der Union, die sich von der AfD trotz der verbalen Bekenntnisse von Frau Merkel vor sich hertreiben lässt und realpolitisch das umsetzt. Das wird zum Beispiel auch an dem vor kurzem stattgefundenen Werkstattgespräch der CDU deutlich, in dem sie sich ganz klar für weitere Verschärfung von Gesetzen ausgesprochen hat und Sätze wie »2015 darf sich nicht wiederholen« gefallen sind. Mir fällt Einiges ein, was sich in der deutschen Geschichte nicht wiederholen darf, dass Menschen hier herkommen und Schutz suchen, das gehört nicht dazu - denn das ist ihr gutes Recht!

ZITAT

»Als LINKE stehen wir für eine Gesellschaft der Solidarität und Teilhabe und diese sind, wie wir alle wissen, unteilbar! Damit stehen wir für ein Gesellschaftsmodell, das gerade schwer unter Beschuss ist.« Gökay Akbulut

Wir müssen als LINKE aktiv dagegen ankämpfen, dass die zermürbende Kraft dieses Gesellschaftsmodell nicht zersetzt. Als konkrete Aufgabe für unsere Parlamentsarbeit als Linksfraktion heißt das für uns vor allem zwei Dinge

1. Die Folgen der rechten und rassistischen Hetze immer wieder zu benennen. Im Plenum, in den Ausschüssen, auf Konferenzen, in unserer Pressearbeit - immer und überall.

2. Und gleichzeitig eigene Vorschläge für eine nichtrassistische, auf Teilhabe und Solidarität gerichtete Gesellschaft zu machen.

Zum ersten Punkt gehört für mich die parlamentarischen Initiativen, die Zahlen generieren: Unsere regelmäßigen Anfragen zu rassistischen und antisemitischen Angriffen, zu Formen des racial profiling, zu rechter Gewalt und auch zu Formen des strukturellen Rassismus staatlicher Organe sind eine Möglichkeit, das Thema in die gesellschaftliche Debatte zu bringen. Unsere Fraktion stellt der Bundesregierung Fragen, die andere Fraktionen nicht stellt, wir haben so aber wichtiges Wissen geschaffen. Beispielsweise die Asylstatistiken

Und natürlich haben wir dabei Ziele! Fokus meiner Arbeit ist es, dass wir Migration als Chance verstehen. Diese Selbstverständlichkeit muss in unseren Köpfen ankommen, dann gibt es auch weniger Raum für eine Konkurrenz Debatte. Diese Debatten, die im Rahmen von verstärkter Zuwanderung immer wieder aufgemacht wurde und wird, damit muss endlich Schluss sein! Das vergiftet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Wir wollen mit dieser Konferenz Signale senden. Antirassismus Arbeit war nie wichtiger, es ist ein Arbeitsauftrag an die ganze Gesellschaft. Für uns bedeute das auch inhaltliche und interne Auseinandersetzungen in die Fraktion. Die ich gerne führe – denn dafür wurde ich gewählt!

Unser Ziel ist auch: Echte Partizipation. Und keine »Integration« im alten Sinne, wo sich eine Minderheit einer vermeintlich homogenen Maße anpasst. Die LINKE steht für die Schaffung echter Teilhabe ohne Diskriminierung weder in Kita, in der Schule oder am Arbeitsplatz. In diesem Sinne lasst uns gemeinsam für eine Teilhabe aller an der Gesellschaft eintreten, die nicht geprägt ist von Ausgrenzung sondern von einem offenen und solidarischen Ansatz. Denn bürgerliche und politische Rechte sind Menschenrechte, die für Alle gelten und sie sind unteilbar!

Ich danke Euch und Ihnen für den heutigen Tag. Und wünsche Allen einen schönen Abend.

Kurz-Biografien der Referent*innen

Ferda Ataman ist Kolumnistin bei Spiegel Online (»Heimatkunde«) und lebt in Berlin. Sie ist Vorsitzende im Verein »Neue deutsche Medienmacher«, der größten bundesweiten Initiative von Journalist*innen of Color, die sich für Vielfalt in den Medien einsetzt. Und sie ist Sprecherin der »neuen deutschen organisationen«, einem bundesweiten Netzwerk von postmigrantischen Initiativen für eine offene Gesellschaft.

Prof. Dr. Iman Attia ist Professorin an der Alice Salomon Hochschule in Berlin und lehrt im Bereich Critical Diversity Studies mit dem Schwerpunkt Rassismus und historischpolitische Bildung. Sie forscht und publiziert zu antischwarzem und kolonialem Rassismus, antimuslimischem Rassismus, Antisemitismus und Rassismus gegen Sinti und Roma.

Mouctar Bah unterstützt Geflüchtete dabei, ein Bleiberecht zu bekommen. Er ist Mitbegründer der Oury-Jalloh-Initiative, die sich seit 2005 für die Aufklärung der Ermordung von Oury Jalloh einsetzt. Außerdem betreut er Geflüchtete, die von Krebs, HIV oder Gewalt betroffen waren.

Weyman Bennet ist National Secretary von UNITE against Fascism und Vorsitzender von Stand Up To Racism. Unite against Fascism ist eine überparteiliche antifaschistische Organisation mit Unterstützung sowohl von Labour Abgeordneten als auch von Abgeordneten der Konservativen. UAF wurde 2003 als Reaktion auf den Erfolg der British National Party gegründet. Stand Up to Racism ist eine breite gesellschaftliche Kampagne gegen den Rechtsruck in Großbritannien und Europa.

Farah Bouamar, studiert fachwissenschaftlich Philosophie und deutschsprachige Literaturen. Sie engagiert sich seit vielen Jahren in der Empowerment Arbeit. Mit YouTuber-Gruppe den Datteltätern setzt sich die Spoken Word-begeisterte für eine diskriminierungsfreie und couragierte Gesellschaft ein. Mit ihrem Satire-Format will Sie gesellschaftskritische Themen wie Rassismus, Sexismus oder andere kontroverse Sujets anzustoßen - das Ganze in Form von Kurzvideos und fernab von Fremdzuschreibungen und vorgeschriebenen Darstellungsmustern.

Tahir Della ist Mitglied im Vorstand der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland - ISD Bund e.V. und Trainer bei glokal e.V. Zusätzlich ist er Fachreferent Dekolonisierung im Berliner Promotorenprogramm «Eine Welt" für Postkolonialismus und Antirassismus. Er setzt sich ein für die Interessen Schwarzer Menschen in Deutschland und für eine Gesellschaft ohne Rassismus.

Newroz Duman ist Aktivistin und seit 2009 bei der Selbstorganisierten Initiative »Jugendliche ohne Grenzen« (JoG) und beim bundesweiten Netzwerk We´ll Come United und ist Mitglied des Vorstands der Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL. Eins ihrer Schwerpunkte ist Empowerment von geflüchteten Jugendlichen.

Dalia Grinfeld ist Politologin und Präsidentin der jüdischen Studierendenunion Deutschland (jsud). Die 2016 gegründete Studierendenunion vertritt die Interessen jüdischer Studierender und junger Erwachsener und gehört dem Zentralrat der Juden an.

Dr. Noa K. Ha leitet seit 2018 das Zentrum für Integrationsstudien. Sie lehrte und forschte im Bereich Historische Urbanistik, Stadt- und Raumsoziologie an diversen Hochschulen Berlins. Sie ist Gründungsmitglied der »Fachgesellschaft für rassismuskritische, postkoloniale und dekoloniale Forschung und Praxis. DeKolonial e.V. i.Gr.« und ist aktiv im Migrationsrat Berlin e.V., im asiatisch-deutschen Verein korientation e.V. und in der Critical Ethnic Studies Association (CESA).

Khola Hübsch ist Journalistin, Publizistin und Spoken Word Aktivistin. Hält Fach- und Publikumsvorträge zu den Themen: Islam, Feminismus und Rassismus. Mitglied der Deutschen Islamkonferenz. Aktuell: Gender-Kolumne bei »Der Freitag« und neues Buch »Rebellion der Sehnsucht – Warum ich mir den Glauben nicht nehmen lasse«, Herder, 2018.

David Jassey ist Asylsuchender und Aktivist. Momentan lebt er in Bayern. Er war Mitglied des selbstorganisierten Gambischen Integrationskomitees in Donauwörth.

Ozan Zakariya Keskinkılıç arbeitet an der Alice Salomon Hochschule Berlin im Bereich »Critical Diversity Studies/ Rassismus und Migration«. Er ist Mitherausgeber des Sammelbandes »Fremdgemacht & Reorientiert. jüdisch-muslimische Verflechtungen« und Autor von »Die Islamdebatte gehört zu Deutschland«.

Deborah Krieg Bildungsstätte Anne Frank - Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen, stellv. Direktorin, Schwerpunkte: Historische Bildung, politisierte Konflikte in der postmigrantischen Gesellschaft, Mediation/ Konfliktmanagement. Kuratorin des im Juni 2018 in Frankfurt eröffneten interaktiven Lernlabor »Anne Frank. Morgen mehr.«

Armin Langer ist Autor des Buches »Ein Jude in Neukölln – Mein Weg zum Miteinander der Religionen« und Mitherausgeber des Sammelbandes »Fremdgemacht & Reorientiert – jüdisch- muslimische Verflechtungen«. Er promoviert in Soziologie an der Humboldt-Universität.

Anikó Orsós studierte Personalmanagement an der Universität Pécs und absolvierte eine Ausbildung in NGO Management und Kampagnenführung am International People's College in Helzingor, Dänemark. Sie arbeitete unter anderem als Regionale Koordinatorin beim Ungarischen National Educational Integration Network sowie bei der Amrita-Organisation für integrierte Erziehung von Roma-Jugendlichen. Sie arbeitet seit 2009 für das European Roma Rights Centre.

Anja Reuss arbeitet als politische Referentin beim Zentralrat Deutscher Sinti und Roma mit dem Schwerpunkt Antiziganismus. Sie hat Geschichte und Erziehungswissenschaft studiert und 2015 eine Studie zu den Kontinuitäten der Stigmatisierung von Sinti und Roma in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlicht. Sie ist bei der Gesellschaft für Antiziganismusforschung aktiv und beschäftigt sich vertiefend mit Datenerhebungen, Polizei, Racial Profiling, Hasskriminalität und Hate Speech.

Dr. Emilia Roig ist Gründerin und Geschäftsführerin des Center for Intersectional Justice Berlin. Das CIJ ist eine unabhängige gemeinnützige Organisation, die sich der Förderung von Gleichstellung, wie Gleichbehandlung von und Gerechtigkeit für alle in Europa lebenden Menschen, verschrieben hat Die Bekämpfung ineinandergreifender Formen von struktureller Ungleichheit und Diskriminierung in Europa – auch »Mehrfachdiskriminierung« genannt.

Gilda Sahebi ist freie Journalistin und Projektleiterin des No Hate Speech Movements. Journalistisch ausgebildet beim Bayerischen Rundfunk, u.a. tätig für SZ, dpa, FAZ, taz, SRF. Zum ersten Mal in Berührung mit Hate Speech gekommen als freie Mitarbeiterin bei Süddeutsche.de - damals ging es »hoch« her mit Krim-Annexion und Gaza-Konflikt. Ein journalistischer Schwerpunkt liegt u.a. im Antisemitismus - und gerade hier wuchern Hass und Verschwörungstheorien im Netz.

Jana Seppelt ist Gewerkschaftssekretärin im Bildungsbereich. Gemeinsam mit anderen Gewerkschaftssekretär*innen verfasste sie 2018 ein Debattenpapier für eine linke Migrationspolitik auf LabourNet.de. Seppelt ist langjährige Aktivistin in den Bereichen Antirassismus und soziale Kämpfe. Sie ist außerdem Sprecherin der BAG Betrieb & Gewerkschaft in der LINKEN und Mitglied im Landesvorstand der Berliner LINKEN.

May Zeidani Yufanyi ist Sozialwissenschaftlerin und Projektleiterin für das Projekt »Nicht ohne meinen Glauben« des Vereins Inssan e. V., der Antidiskriminierungsberatung anbietet. Bei dem Projekt geht es um verschiedene Unterdrückungsmechanismen und das Ziel, ein Supportnetzwerk u. a. für queere Muslime aufzubauen.

In eigener Sache

Im Vorfeld der Konferenz kritisierte Terre des Femmes in einem Offenen Brief die Einladung einzelner Referent*innen unserer Konferenz

https://www.frauenrechte.de/online/allgemein-offene-briefe/3668-offener-brief-von-terre-des-femmes-menschenrechte-fuer-die-frau-e-v-zur-antirassismus-konferenz-solidaritaet-ist-unteilbar-der-bundestags-fraktion-die-linke-am-01-03-19

Wir dokumentieren hier unsere Antwort an Terres des Femmes :

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

MdB Gökay Akbulut
MdB Christine Buchholz
MdB Ulla Jelpke
MdB Cornelia Möhring
MdB Martina Renner

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

www.linksfraktion.de

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Antwort an Terre des Femmes

Berlin, 1.März 2019

Sehr geehrte Frau Stolle,

wir haben Ihren Offenen Brief zu unserer antirassistischen Konferenz „Solidarität ist unteilbar“ am 1. März 2019 erhalten. Die Kritik an unserer Einladung von zwei Referentinnen würden wir gerne erwidern.

Wir haben bewusst Referentinnen aus verschiedenen von Rassismus betroffenen Gruppen ausgewählt. Dabei sind explizit linke Referentinnen, sowie Vertreterinnen und Vertreter aus den verschiedenen Verbänden, die nicht politisch homogen sind, eingeladen. Wir wollen damit ein umfassendes Bild über Rassismus in Deutschland aufzeigen und in einen Dialog treten, wie man diesen am besten in all seinen Dimensionen bekämpfen kann.

Nun kritisieren Sie die Einladung einer Frau, die in der Ahmadiyya-Gemeinde aktiv ist, und einer Frau, die bei dem islamischen, interkulturellen Verein Inssan e. V. arbeitet, der sich gegen Diskriminierung engagiert.

Wir machen uns Ihre pauschalisierende Kritik an der Ahmadiyya-Gemeinde und des Vereins Inssan e.V. nicht zu eigen, insbesondere nicht, das in die Nähe rücken zur faschistischen Ideologie.

Die Ahmadiyya-Gemeinde ist eine als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannte Religionsgemeinschaft. Inssan e. V. wird vom Berliner Senat gefördert und ist ein anerkannter Verein in der Antidiskriminierungsarbeit.

Wir finden dass die beiden eingeladenen Frauen, einen wichtigen Beitrag zur Debatte leisten können. Betroffene von Rassismus und Sexismus werden gesellschaftlich häufig gegeneinander ausgespielt. Die beiden eingeladenen ReferentInnen arbeiten sowohl im Bereich Antirassismus als auch Feminismus.

Khola Hübsch ist Journalistin, Publizistin und Spoken Word Aktivistin. Sie

hält Fach- und Publikumsvorträge zu den Themen: Islam, Feminismus und Rassismus.

Sie ist Mitglied der Deutschen Islamkonferenz. Sie trägt bei zu der Gender-Kolumne bei „Der Freitag“. Sie ist Mitglied der Ahmaddiyya-Gemeinschaft. Uns ist es wichtig, nicht über muslimische Frauen, sondern mit Ihnen über Feminismus und Antirassismus zu sprechen.

May Yufani Zeidani ist Projektleiterin für das Projekt "Nicht ohne meinen Glauben" des interkulturellen, muslimischen Verein Inssan e. V., das vom Familienministerium unterstützt wird.

Bei dem Projekt geht es um eine Analyse verschiedener Unterdrückungsmechanismen. Es ist entstanden aus einer Konferenz zu Islam und Feminismus, arbeitet unter anderem mit Reach Out und dem Jüdischen Museum zusammen und hat das Ziel, u. a. ein Supportnetzwerk für queere und feministische Muslime aufzubauen. Vertreterinnen des Vereins Inssan sprachen auf der Kundgebung gegen den sogenannten ‚Frauenmarsch‘ der AfD 2018 in Berlin.

Wir wollen mit unterschiedlichen Menschen in Dialog treten. Wir denken, dass wir von ihren Erfahrungen lernen können und gleichzeitig Ihnen Positionen und Sichtweisen der LINKEN nahebringen können.

Im Übrigen gilt für alle eingeladenen ReferentInnen bei allen Veranstaltungen der Linksfraktion: Sie müssen nicht in jeder gesellschaftspolitischen Frage mit der LINKEN übereinstimmen.

Mit solidarischen Grüßen,

Gökay Akbulut, Christine Buchholz, Ulla Jelpke, Cornelia Möhring, Martina Renner

www.linksfraktion.de